

**Ausschuss für  
Bundes- und Europaangelegenheiten,  
internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**

14. Sitzung

am 10. Januar 2017

im Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend: Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)  
Abg. Frau Grotheer (SPD), stellvertretende Vorsitzende  
Abg. Frau Leonidakis (Die Linke)  
Abg. Frau Dr. Müller, Vorsitzende  
Abg. Herr Ravens (SPD)  
Abg. Herr Rohmeyer (CDU)  
Abg. Frau Tuchel (SPD)  
Abg. Herr Weigelt (SPD)  
Abg. Herr Zenner (FDP)

außerdem sind anwesend:

Staatsrätin Frau Hiller

Bevollmächtigte der Freien Hansestadt  
Bremen beim Bund, für Europa und  
Entwicklungszusammenarbeit

Herr Bruns  
Frau Köhler  
Frau Wülbers  
Frau Goethe  
Herr Hendrichs

) von der Bevollmächtigten der  
) Freien Hansestadt Bremen  
) beim Bund, für Europa und  
) Entwicklungszusammenarbeit  
)

---

Herr Aytas		vom Bremer Rat für Integration
Herr Larze	)	vom Landesverband der Sinti und Roma
Herr Balke	)	e.V.
Frau Cesmedzi		von der Roma-Frauengruppe Bremen-Nord
Frau Schneider	)	von der Bremer Recherchegruppe
Frau Vogel	)	
Herr Gutschmidt	)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und
Herr Vorwerk	)	Häfen
Herr Foth	)	vom GIZ Bremen
Frau Gerhard	)	
Frau Lange		vom Büro Dr. Schuster, MdEP
Herr Hadonyi		vom Büro Frau Trüpel, MdEP
Frau Danèl		von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferentin

**Beratungsgegenstände:**

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der 13. Sitzung vom 29. November 2016
3. Die Dekade der Roma-Inklusion – Auswertung, Erfahrungen, Berichte
4. Aktueller Sachstand zum Landesbüro Bremen der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)
5. Bericht zu den Handelsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten
6. Aktuelle Lage zur Asyl- und Flüchtlingspolitik
7. Beschlüsse der 72. Europaministerkonferenz
8. Tagung des Europäischen Rats vom 15./16.12.2016
9. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016
10. Aktuelle europapolitische Themen
11. Aktuelle bundespolitische Themen
12. Verschiedenes

**Abg. Frau Dr. Müller** eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

### **1. Genehmigung der Tagesordnung**

**Abg. Frau Dr. Müller** weist darauf hin, dass unter dem Punkt Verschiedenes noch eine Änderung der Verfahrensordnung beschlossen werden müsse. Die entsprechende Tischvorlage liege aus.

Der Ausschuss genehmigt die Tagesordnung.

### **2. Genehmigung des Protokolls der 13. Sitzung vom 29. November 2016**

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll.

### **3. Die EU Dekade der Roma-Inklusion – Auswertung, Erfahrungen und Berichte**

**Frau Dr. Vogel** berichtet, dass sie als Mitglied der Bremer Recherchegruppe in Serbien und Mazedonien gewesen sei und sich dort vor Ort ein Bild über die entsetzlichen Zustände machen konnte, unter denen die Roma dort lebten.

Sie zieht ein Fazit über die Dekade der Roma-Inklusion, die von 2005 bis 2015 gedauert habe (Anlage 1) und verdeutlicht die große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Im Ergebnis sehe sie das einzig Positive der Dekade darin, dass ein Licht auf die Problematik der Roma geworfen worden sei.

**Frau Schneider** berichtet, dass sie als Mitglied der Recherchegruppe vor allem damit beschäftigt gewesen sei, Fotos zu machen, Interviews zu führen und zu filmen. Bei ihrem Vortrag richtet sie den Fokus auf rassistische Gewalt und Diskriminierung und unterlegt diesen mit eindrucksvollen Fotoaufnahmen.

**Herr Balke** über die Situation der Roma in den Herkunftsländern und die Arbeit des Landesverbands der Sinti und Roma e.V. (Anlage 2).

Er richtet einen eindringlichen Appell an den Ausschuss die Abschiebung von Roma in die sogenannten sicheren Herkunftsländer zu stoppen. Den betroffenen Menschen stünde in diesen Ländern bei ihrer Rückkehr keine Wohnmöglichkeit zur Verfügung, so dass diese von Obdachlosigkeit bedroht seien. Weiterhin fehle es am Zugang zu Bildung und ärztlicher Versorgung.

**Frau Cesmedzi** berichtet dem Ausschuss über ihre persönlichen Erfahrungen als Angehörige der Roma, sowohl in ihrem Herkunftsland als auch in Bremen. Dabei geht sie insbesondere auf den mangelhaften Zugang zu Bildung für die Roma in ihren Herkunftsländern ein und kritisiert die dort herrschende Diskriminierung. Ferner berichtet sie über die Situation der Roma im Land Bremen, die von der Abschiebung bzw. Rückführung in ihre Herkunftsländer bedroht seien.

**Frau Dr. Müller** weist auf den neuen Bericht der Europäischen Agentur für Grundrechte über die Zweite Erhebung zu Minderheiten und Diskriminierung hin sowie auf die Evaluierung der Europäischen Kommission, die alle Maßnahmen der Mitgliedstaaten untersucht habe. Diese komme ebenfalls zu dem Schluss, dass sich die Situation der Roma nicht verbessert habe.

Die Bürgerschaft habe sich in den letzten Jahren immer wieder mit der Situation der Roma beschäftigt. Sie begrüße den Aufruf von Herrn Balke, dass der Ausschuss Einfluss nehmen solle auf die bremischen Partner. Dies könne über die Städtepartnerschaften erfolgen und über die entsprechenden Gremien, in denen die Abgeordneten vertreten seien.

**Abg. Frau Leonidakis** kritisiert die Regelung mit den sicheren Herkunftsstaaten. Die Vorträge hätten eindeutig gezeigt, dass dort für die Roma gar nichts sicher sei, sondern teilweise lebensbedrohlich. Es sei deutlich geworden, dass es bei den Roma nicht um Wirtschaftsflüchtlinge gehe, sondern deren Situation das Resultat einer strukturellen Diskriminierung und Ausgrenzung sei.

Sie weist darauf hin, dass die Linksfraktion einen Antrag gestellt habe auf einen

Winterabschiebestopp. Dies sei eine Minimalforderung, da die Situation für die Menschen im Sommer auch nicht viel besser sei. Es müsse darum gehen, Menschen ein Leben in Würde und mit Perspektiven zu eröffnen und nicht nur darum, den Kältetod zu verhindern.

**Abg. Herr Zenner** kommt zu der Feststellung, dass die Dekade europapolitisch nichts gebracht habe. Er fragt, ob nicht die Möglichkeit bestehe, die betroffenen osteuropäischen Staaten im Rahmen des Rechtsstaatsmechanismus in die Pflicht zu nehmen, um für die Roma bessere Lebensbedingungen vor Ort zu schaffen, ohne Diskriminierung und mit einem Recht auf Bildung und Teilhabe und soziale Sicherheit. Zum Teil seien die Länder ja Mitglieder der EU bzw. Beitrittskandidaten.

**Staatsrätin Hiller** berichtet, dass die EMK 2013 unter dem Vorsitz Bremens einen Beschluss gefasst habe, der die verschiedenen Facetten der Situation der Roma umfassend dargestellt habe. Auch auf Bundesebene befasse man sich mit dem Thema. Im letzten Bundesrat seien zahlreiche Interessenvertreter der Roma vor Ort gewesen. Gleiches gelte auf europäischer Ebene für den KGRE, der dazu ebenfalls einen Beschluss gefasst habe.

Aus ihrer Sicht müssten die Probleme vor Ort mit den Kommunen gemeinsam angegangen werden, weil die Nationalregierungen in diesen Ländern oftmals kein Interesse hätten, an der Situation etwas zu ändern. Es müsse die Möglichkeit geschaffen werden, Gelder dafür zu beantragen. Voraussetzung sei aber auch der entsprechende politische Wille. Dies sei in Europa im Moment schwierig.

Sie nehme die Anregungen und Forderungen der Referenten und Referentinnen aus der heutigen Sitzung mit und würde sich freuen, wenn man zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Verbänden der Roma in Bremen und Bremerhaven kommen und Anregungen erhalten könnte, was auf europäischer Ebene, im AdR, KGRE, getan werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **4. Aktueller Sachstand zum Landesbüro Bremen der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)**

**Abg. Frau Dr. Müller** stellt fest, dass aus der Vorlage ersichtlich werde, dass aus den anfänglichen Gerüchten konkrete Schließungspläne geworden seien. Herr Foth von der GIZ werde dem Ausschuss noch einmal die aktuelle Situation und die Perspektiven darstellen.

**Herr Foth** stellt voran, dass er die Art und Weise, wie die Schließung des Landesbüros kommuniziert worden sei, als unbefriedigend empfinde, auch aus Sicht des Landesbüros Bremen.

Die Situation der Landesbüros in Deutschland habe sich mit der Fusion vor sechs Jahren gravierend verändert. Es seien andere vertragliche und wirtschaftliche Grundlagen in Kraft getreten. Das Landesbüro habe unter anderem die Vorgabe erhalten, kostendeckend zu arbeiten.

Der Schließungsbeschluss sei im Vorstand im vergangenen Mai getroffen und zunächst intern verkündet worden. Relativ schnell sei die Information aber an die Öffentlichkeit gedrungen. Inzwischen seien Gespräche mit den Mitbestimmungsgremien geführt worden mit dem Ziel, die Schließungen sozialverträglich zu gestalten.

Die Schließung von Landesbüros stelle letztlich eine geschäftspolitische Entscheidung des Unternehmens dar. Der Beschluss werde innerhalb der nächsten 30 Monate umgesetzt. Das für diese Region zuständige Landesbüro befinde sich dann in Hamburg.

Inwiefern anschließend noch Personal in Bremen arbeiten könne, werde Gegenstand von Gesprächen sein. Es gäbe die Idee, ein Projektbüro aufrecht zu erhalten und eine klare Aussage des Unternehmensvorstands, die bisher erfolgreiche Zusammenarbeit mit Bremen fortzusetzen. Die Bedingungen für eine gute Zusammenarbeit müssten jetzt definiert werden.

**Herr Bruns** ergänzt, dass seine Abteilung von dem Schließungsbeschluss im Mai 2016 nichts erfahren habe, sondern erst im August, jedoch nicht von den zuständigen Stellen

der GIZ, sondern auf der Basis von Gerüchten. Vor diesem Hintergrund habe Staatsrätin Hiller an den Vorstand der GIZ geschrieben.

Konkret seien die Gründe für die Schließung des Bremer Büros bisher nicht erläutert worden. Es gäbe jedoch ein Gesprächsangebot seitens der GIZ, das Frau Hiller annehmen werde. Das Gespräch werde im Frühjahr stattfinden.

Die Variante, ein Projektbüro in Bremen zu erhalten, werde von Bremer Seite aktiv verfolgt und auch unterstützt. Soweit es zu diesem Thema neue Entwicklungen gebe, werde er den Ausschuss darüber informieren.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **5. Bericht zu den Handelsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten**

**Abg. Herr Weigelt** bezieht sich auf die Seite 4 der Vorlage – Handelsbeziehungen - und erkundigt sich, in welchem Umfang die AKP-Staaten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

**Abg. Herr Zenner** bezieht sich auf der Seite 3 der Vorlage auf die acht thematischen Partnerschaften. Ihn interessiere, wie diese gestaltet seien, in Bezug auf die Organisation und was dort praktisch ablaufe.

Unter der Überschrift „Entwicklungszusammenarbeit“ sei auf Seite 3 unten in der Vorlage die Rede von den unterschiedlichen Volumina für die verschiedenen Phasen des EFF. Er möchte wissen, wofür diese Gelder im Wesentlichen ausgegeben worden seien.

Schließlich verweist der Abg. Herr Zenner auf die laufenden Verhandlungen mit verschiedenen Staaten über Partnerschaftsabkommen und erkundigt sich, wann hier mit einem Abschluss zu rechnen sei.



**Herr Gutschmidt** bittet um Verständnis, dass er die Fragen nicht alle ad hoc beantworten könne. Er biete aber an, die Antworten schriftlich nachzuliefern.

**Herr Vorwerk** antwortet auf die Nachfrage des Abg. Herrn Zenner zu dem voraussichtlichen Abschluss der Abkommen, dass offiziell mit den 14 afrikanischen Staaten noch verhandelt werde, es inoffiziell wohl aber an dem politischen Willen der afrikanischen Staaten fehle, die Verhandlungen abzuschließen. Offizielle Gründe dafür würden nicht genannt.

Allerdings laufe das Cotonou-Abkommen 2020 aus und müsse in den kommenden Jahren noch einmal neu verhandelt werden. Insbesondere Äquatorialguinea und Sudan weigerten sich, das Cotonou-Abkommen abzuschließen, weil sie sich damit der Rechtsprechung des internationalen Strafgerichtshofs unterwerfen müssten.

**Abg. Frau Dr. Müller** führt aus, dass sie diesen Tagesordnungspunkt als einen Start für die Befassung des Ausschusses mit den Wirtschaftsabkommen der Europäischen Union mit den afrikanischen Staaten betrachte. Es sei aus ihrer Sicht wichtig, nach den langen Debatten über TTIP und CETA das Augenmerk auf den Freihandel mit den afrikanischen Staaten zu lenken.

Vor diesem Hintergrund schlägt sie dem Ausschuss vor, das Thema weiter zu behandeln und bittet das Ressort darum, die Antworten zu den noch ausstehenden Fragen nachzuliefern. Die Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit bittet sie, das Papier zu ergänzen, gegebenenfalls zusammen mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Die Gegenläufigkeit der im Papier beschriebenen entwicklungspolitischen und der handelspolitischen Ansätze seien für eine politische Bewertung interessant. Für die entwicklungspolitischen Ansätze sei ihr das Nichtvorhandensein von genderpolitischer Relevanz zu wenig. Gerade in entwicklungspolitischen Zusammenhängen komme es auf die Bedeutung der Frauen in Afrika an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist sich einig, das Thema weiter zu verfolgen und erneut zu beraten.

## **6. Aktuelle Lage zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**

**Abg. Frau Leonidakis** merkt zu Ziffer 1 der Vorlage an, dass für sie überhaupt nicht nachvollziehbar sei, aufgrund welcher Sachlage die Wiederaufnahme des Dublin-Transfers nach Griechenland erfolge. Die Zustände in griechischen Flüchtlingscamps seien zum Teil menschenunwürdig und rechtsstaatliche Standards würden nicht eingehalten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

## **7. Beschlüsse der 72. Europaministerkonferenz**

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse zur Kenntnis.

## **8. Tagung des Europäischen Rats vom 15./16.12.2016**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

## **9. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016**

**Abg. Frau Dr. Müller** fordert die Fraktionen auf, Themen zu benennen, die im Ausschuss behandelt werden sollen. Die Rückmeldung sollte möglichst bis eine Woche vor der nächsten Sitzung an die Ausschussreferentin erfolgen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

## **10. Aktuelle europapolitische Themen**

Es liegen keine Themen an.

## **11. Aktuelle bundespolitische Themen**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

## **12. Verschiedenes**

### **12.1 Änderung der Verfahrensordnung**

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Änderung der Verfahrensordnung gemäß der Tischvorlage.

## 12.2 Sitzungsbeginn am 21.2. und 28.3.2017

**Abg. Frau Dr. Müller** informiert den Ausschuss über die Bitte des Abg. Herrn Eckhoff, den Sitzungsbeginn am 21.2. und am 28.3.2017 auf 14.00 Uhr vorzuverlegen.

**Die Ausschussmitglieder** sind mit dem geänderten Sitzungsbeginn einverstanden.

## 12.3 Arbeitstagung des Ausschusses in Brüssel

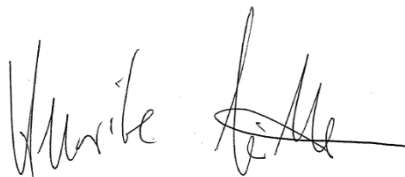
**Abg. Frau Dr. Müller** erläutert die Notwendigkeit, einen neuen Termin für die Arbeitstagung in Brüssel zu finden. Sie schlägt den 2. bis 4. Mai 2017 vor und bittet alle Ausschussmitglieder zu prüfen, ob ihnen eine Teilnahme in diesem Zeitraum möglich ist. Eine Rückmeldung an die Ausschussreferentin sollte bis Ende der Woche erfolgen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Der Ausschuss beschließt, aus Gründen der Zeitersparnis mit dem Flugzeug nach Brüssel zu reisen.

(Ende der Sitzung 16:37 Uhr)

Ausschussvorsitzende

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Henrike Müller', with a stylized flourish at the end.

Frau Dr. Henrike Müller